

TOP 3.7.7 Europäischer Rat am 17./18.12.2015

1. Beschreibung der Problematik

Das Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs stand erneut im Zeichen der Flüchtlingsproblematik. Weitere Themen waren Terrorismusbekämpfung, WWU, Binnenmarkt, Energieunion und Klimapolitik sowie die UK-Pläne für ein EU-Referendum.

Die **Flüchtlingskrise** spaltet nach wie vor Europa. Bisher konnten nur 184 von den vereinbarten 160.000 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland in andere EU-Länder weiterverteilt werden. Von den elf geplanten Hotspots, in denen Flüchtlinge registriert werden sollen, sind bislang nur zwei in Betrieb. Der Europäische Rat fordert verstärkte Anstrengungen u.a. in folgenden Bereichen: Schutz der Außengrenzen, Behebung von Funktionsmängeln der Hotspots, Umsetzung der Umsiedelungsbeschlüsse, rasche Mobilisierung des 3 Mrd. Euro umfassenden EU-Türkei-Aktionsplans zur Eindämmung des Zustroms von Flüchtlingen nach Europa. Die Vorschläge der Kommission zur Schaffung eines europäischen Grenz- und Küstenschutzsystems sollen bis Ende Juni 2016 zügig vorangetrieben und entschieden werden, eine europäische Grenzschutzmission soll dabei notfalls auch gegen den Willen eines EU-Staates eingesetzt werden können.

Zur Bekämpfung des Terrorismus stand der bessere Informationsaustausch im Vordergrund, u.a. soll der Vorschlag für eine Richtlinie über die Verwendung von Fluggastdatensätzen rasch angenommen und umgesetzt werden.

Im Hinblick auf die von der Kommission im Anschluss an den Bericht der fünf Präsidenten über die **Vollendung der WWU** vorgelegten Vorschläge wird der Rat aufgefordert, bis Juni 2016 über die Fortschritte in den Bereichen wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung, Außenvertretung des Euro und der Bankenunion Bericht zu erstatten. Die vorgeschlagene Einrichtung von nationalen Ausschüssen für Wettbewerbsfähigkeit und eines beratenden Europäischen Fiskalausschusses wird im Gegensatz zu den Erstentwürfen in den Schlussfolgerungen nicht mehr explizit erwähnt, was auf große Unstimmigkeiten hinter den Kulissen hindeutet. Die AK lehnt derartige Wettbewerbseinrichtungen strikt ab.

Einmal mehr bezeichnet der Europäische Rat den **Binnenmarkt** als Europas wichtigsten Motor für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen und ruft in diesem Zusammenhang dazu auf, die Umsetzung der Strategie für einen **digitalen Binnenmarkt** und die Arbeiten an der **Kapitalmarktunion** zu beschleunigen. Letzteres wird von der AK sehr kritisch gesehen, da umstrittene Finanzinstrumente wie Verbriefungen von Krediten wiederbelebt werden sollen. Erneut wird in den Schlussfolgerungen auf die Bedeutung eines erfolgreichen Abschlusses der **TTIP-Verhandlungen** verwiesen. Österreich gab dazu eine Protokollerklärung ab, in der – wie schon beim ER im März 2015 – an den Entschließungsantrag des Nationalrats erinnert wird.

Das Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Paris mit dem Ziel, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad Celsius zu halten, wird vom Europäischen Rat ausdrücklich begrüßt. Kommission und Rat werden aufgefordert, im Lichte der Pariser Einigung die **Klima- und Energiepolitik** bis 2030 zu prüfen und die nächsten Schritte vorzubereiten. In Bezug auf die Schaffung einer Energieunion fordert der ER die rasche Vorlage der entsprechenden Gesetzgebungsvorschläge und die vollständige Umsetzung der

Rechtsvorschriften zu erneuerbarer Energie und Energieeffizienz. Neue Infrastrukturen sollen mit den Zielen der Energieunion (u.a. Verringerung der Energieabhängigkeit) im Einklang stehen.

2. Vereinigtes Königreich/EU-Referendum

Im Hinblick auf die britischen Reformwünsche im Zusammenhang mit dem bis Ende 2017 stattfindenden EU-Referendum über den Verbleib bzw. den Austritt Großbritanniens aus der EU verständigte sich der Europäische Rat darauf, eng zusammenzuarbeiten, um auf dem EU-Gipfeltreffen Mitte Februar 2016 eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung in allen vier Bereichen zu finden. Merkel zeigte sich auch offen für notwendige Vertragsänderungen, die nach dem EU-Referendum erfolgen könnten. Aus Sicht der AK muss die UK-Debatte dazu genutzt werden, einige Forderungen aus ArbeitnehmerInnen-sicht in die bevorstehende Reformdebatte einzubringen. Zu denken wäre etwa an eine Diskussion zur Einführung einer Goldenen Investitionsregel („**Golden Rule**“) wie auch an das **soziale Fortschrittsprotokoll**. Dieses wird von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsspitzen aus Österreich, Deutschland und Schweden gepusht, um insbesondere soziale, inkl. gewerkschaftliche Grundrechte, gegenüber den Marktfreiheiten zu stärken.

3. Position/Forderung der AK

Migration, WWU, Zukunft der WWU, Klimapolitik – erneut befasst sich der Europäische Rat mit einer Reihe wichtiger Herausforderungen. Was fehlt, ist das Verständnis, dass die Bewältigung dieser Herausforderungen einen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel erfordert. Die beispiellose Migrations- und Flüchtlingskrise in Europa kann bewältigt werden, wenn die europäischen Staaten dabei solidarisch und gemeinsam vorgehen. Gleichzeitig muss aber auch die soziale Krise innerhalb der EU entschärft werden, um das Gelingen der Integration und den sozialen Zusammenhalt in Europa zu sichern. Der Abbau der auf einem historischen Höchststand befindlichen Arbeitslosigkeit geht nur schleppend voran. Wie in dem von der AK miterstellten unabhängigen Jahreswachstumsbericht 2016¹ gezeigt wird, wird beim jetzigen Tempo die Arbeitslosenquote erst 2022 wieder auf den Stand von 2007 fallen. Ohne Politikwechsel wird diese Entwicklung tiefe Narben hinterlassen und das produktive Potenzial Europas schmälern. Die AK fordert ein neues Politikmodell für Europa, in dem die Förderung der Binnennachfrage, Investitionen in eine nachhaltige soziale und ökologische Infrastruktur und generell verteilungspolitische Fragen im Zentrum der europäischen Politik stehen. Dieses Modell muss sich auch in der zukünftigen Ausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion widerspiegeln.

¹ http://www.iags-project.org/documents/iags_report2016.pdf